

An der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade

Als die Vereinten Nationen im Jahr 1960 die Erste Entwicklungsdekade proklamierten, standen die sogenannten Entwicklungsländer im Vordergrund der von Optimismus und Fortschrittsglaube geprägten Programme. Zwanzig Jahre später, an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade, besteht kein Zweifel: Das Problem der Entwicklung ist weltweit geworden; als „soziale Frage unseres Jahrhunderts“ (Johannes XXIII.) betrifft es die ganze Menschheit. Unsere Welt ist eine für das Überleben aller Menschen und Völker notwendige Beziehungseinheit, ohne jedoch eine Handlungseinheit zu sein. So stellt sich dem internationalen System von Nationalstaaten die beunruhigende Frage, ob es politischem Handeln gelingen wird, die wechselseitige Abhängigkeit auf friedlichem Weg und zum Wohl aller zu gestalten. „Mit dem Auslaufen der siebziger Jahre“, so beschreibt die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 1979 die Situation, „wird die Interdependenz der Weltwirtschaft zunehmend deutlich. Internationaler Handel, Kapitalbewegungen und Entwicklungen im Energiebereich sind Fäden im Netz wirtschaftlicher Verbindungen und gemeinsamer Interessen, die die Nationen miteinander verknüpfen. Der Riß einer dieser Fäden gefährdet zugleich den Bestand unserer Verbindungen... Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, weitsichtige wirtschaftspolitische Initiativen zu ergreifen, um die grundlegenden gemeinsamen Interessen zu verwirklichen und sie vor schlecht beratenen Schritten auf der Jagd nach kurzlebigen Gewinnen zu bewahren.“

Zwei Jahrzehnte der Entwicklungspolitik vermochten wenig. Die Fakten der sozioökonomischen Lage in der Welt zeigen wachsende ökonomische Ungleichheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, gleichzeitig aber auch eine Differenzierung der Entwicklungsländer untereinander und die Existenz einer menschenunwürdigen „Vierten Welt“. Das Konzept „Hilfe durch Handel“ hatte nicht den erhofften Erfolg; die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft ist unbefriedigend verlaufen. In Industrieländern wächst der Protektionismus; eigene wirtschaftliche und strukturelle Schwierigkeiten fördern die entwicklungspolitische Enthaltensamkeit. Die internationalen politischen Kräftefelder haben sich verschoben. Im Rahmen der Vereinten Nationen fordern die Entwicklungsländer, ermutigt und gestützt durch die erdölexportierenden Staaten, eine neue Weltwirtschaftsordnung, um ihre relative Position im Welthandel zu verbessern, die ökonomische Macht neu zu verteilen und die Entscheidungsprozesse zu ihren Gunsten zu strukturieren. Die Verletzung von Menschenrechten und die Anwendung bewaffneter Gewalt in den Ländern der

Dritten Welt wachsen; nichtrechtsstaatliche Systeme und Militärregime nehmen zu. Die sozialen und kulturellen Gegensätze verschärfen sich; das Verhältnis der Oberschicht zur Masse der Armen wird kritischer.

Der erklärte politische Wille der Entwicklungsländer zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigen- und Selbständigkeit steht vor Problemen des kolonialen Erbes, kultureller Überlagerung und der Spannung zwischen Tradition und Modernisierung; übersteigter Nationalismus pocht auf extreme Autonomie. Wachsende Rüstungsausgaben in fast allen Entwicklungsländern verlangsamten die Überwindung der absoluten Armut; gesellschaftliche und politische Strukturen verhindern vielfach die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft. Alternative Entwicklungsmodelle treten an die Stelle westlicher Modernisierung traditionaler Gesellschaften durch forciertes Wirtschaftswachstum. Mißverständnisse, Enttäuschungen und Verhärtungen zwischen den Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer haben zugenommen; der Nord-Süd-Dialog ist stotternd geblieben.

Sehr viel bleibt zu tun an der Schwelle zur Dritten Entwicklungsdekade. Es fehlt nicht an großen und teuren Konferenzen, an wohlmeinenden Worten, leeren Versprechungen, utopischen Plänen. „Was fehlt, sind leistungsfähige Konzeptionen und wirksame Einzelmaßnahmen, welche die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern nachhaltig ändern und die Startbedingungen in der Dritten Welt entscheidend verbessern. Diese Aufgabe geht Entwicklungs- und Industrieländer gemeinsam an, beide haben ihren Beitrag zu leisten“ (Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen: Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung Nr. 4). Entwicklungspolitik ist Teil einer langfristigen Strategie der internationalen Gemeinschaft zur Bewältigung der gemeinsamen Zukunftsaufgaben. Berechtigte Eigeninteressen können auf Dauer nur im Rahmen von „Gemeininteressen“ gesichert werden. Das erfordert von Politikern und Bevölkerungen ein hohes Maß an verantwortungsbewußtem Handeln, getragen vom Willen zur Solidarität und sozialen Gerechtigkeit, ausgerichtet auf einen Dialog der Kulturen, auf wirtschaftliche Partnerschaft und großzügige Hilfeleistung. Ob man das Notwendigste als „Globalpakt gegen den Hunger“ oder wie immer bezeichnen mag, defensiver Pragmatismus und ordnungspolitische Streitereien müssen aufhören, wenn wir unsere eigene Zukunft retten wollen.

Hans Zwiefelhofer SJ